

Frankreichs Regierungspartei in der Krise

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 5

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337810>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neue Aera in Österreich

Mit dem Beginn der Alleinherrschaft der Volkspartei in Österreich hat eine neue Aera in unserem östlichen Nachbarland begonnen. Dazu ein Kommentar der «Zeit»: «Österreichs Bundeskanzler Josef Klaus und seine Volkspartei haben die Wahl erst jetzt endgültig gewonnen. Die Sozialisten sind zum erstenmal seit 1945 in die Opposition manövriert worden, die ÖVP kann und wird allein regieren. Der politisch denkende Österreicher beobachtet das Geschehen freilich mit dem berühmten unguuten Gefühl in der Magengrube. Die Aera der Koalition ist vorbei. Sind damit auch die Zeiten des inneren sozialen Friedens vorbei? Die neue Aera kündigt sich auch im Stil des Bundeskanzlers an: Die Art, in der Klaus seine Ansichten als die einzige Wahrheit anbietet, wie er die Regierungsverhandlungen geführt, die SPÖ ausgeschaltet und innerparteiliche Gegenströmungen auf Linie gebracht hat – das ist messianisch-gaullistisch. Die Republik der Raab und Schärf ist tot.»

GEORG SCHEUER

Frankreichs Regierungspartei in der Krise

Gespaltener Gaullismus

«Ich wünschte nicht die Spaltung, aber ich fürchte sie auch nicht», schreibt dieser Tage René Capitant, Chef der «Linksgaullisten» und Vorsitzender der juristischen Kommission in der französischen Nationalversammlung, im Wochenblatt «Notre République».

Die französische Regierungspartei UNR-UDT befindet sich infolge der letzten Ereignisse – die Schlappe de Gaulles in der Präsidentenwahlkampagne und die Ben-Barka-Affäre – tatsächlich in einer schweren Krise, die demnächst zu einer neuen Spaltung führen könnte.

De Gaulles Sammelpartei: Entstehung . . .

Die UNR-UDT entstand, wie schon der Name zeigt, durch den Zusammenschluß von zwei verschiedenen Organisationen im Jahr 1962, nämlich der offiziellen gaullistischen Organisation «Union pour la nouvelle République», UNR («Union für die Neue Republik») und der weiter «links» stehenden «Union Démocratique du Travail», UDT («Démokratische Union der Arbeit»).

Bis 1962, das heißt bis zur Beendigung des Algerienkrieges, waren die beiden gaullistischen Strömungen eben durch das algerische Problem voneinander geschieden. Die offiziellen Gaullisten, unter denen sich damals nicht nur der stark nationalistische Premierminister Debré, sondern sehr lange auch noch ein ultranationalistischer, rechtsextremer Flügel mit Jacques Soustelle

befand, waren solange wie möglich für die Aufrechterhaltung der «Algérie Française», während die «Linksgaullisten» mit René Capitant, Billotte schon damals für das Selbstbestimmungsrecht der Algerier eintraten.

Unter dem Druck der Ereignisse war de Gaulle gezwungen, von 1958 bis 1962 in der Praxis immer mehr den «linksgaullistischen» Standpunkt in der Algerienfrage zu verwirklichen. Debré, Frey und andere Männer, die am Maiputsch 1958 führend teilgenommen hatten, fügten sich widerstrebend dieser Entwicklung. Soustelle und seine Freunde wurden aus der gaullistischen Partei ausgeschlossen und in den Untergrund oder zur Emigration gezwungen.

... und Zerfall

Damit wurde der Zusammenschluß der UNR und der UDT möglich. Die «Linksgaullisten» der UDT legten aber weiterhin großen Wert auf ihre besondere politische Ausrichtung und erreichten es, daß die ursprüngliche Parteimarke UDT im offiziellen Namen der neuen Sammelorganisation erhalten blieb, wodurch man zu der etwas voluminösen Bezeichnung UNR-UDT kam. Diese sechs Buchstaben könnten demnächst wieder in je drei zerfallen.

Im Namen der «Linksgaullisten» stellt Capitant vor der Öffentlichkeit nämlich drei Fragen:

1. War es nicht ein Fehler, daß die UDT im Jahre 1962 ihre Selbständigkeit aufgab und sich mit der UNR vereinte?

2. Ist nicht gerade jetzt für die UDT der Augenblick gekommen, sich wieder von der UNR loszusagen?

3. Ist die Unabhängigkeit der UDT nicht die Voraussetzung dafür, daß eine Reihe von «Gaullisten», die sich in anderen Parteien befinden, insbesondere in den Linksparteien oder in der christlich-demokratischen MRP, aber auch außerhalb jeder Partei, für die UDT gewonnen werden können?

Mißkredit

Mit anderen Worten, Capitant und seine Freunde sind überzeugt, die UNR sei heute bereits derart diskreditiert, daß sie Millionen Wähler, die normalerweise Sympathien für de Gaulles Persönlichkeit empfinden, nicht nur nicht gewinnen kann, sondern eher abstößt. Um diese Wählermassen dennoch unter gaullistischer Fahne zu sammeln, sei eine Erneuerung notwendig, eine Lossage von der UNR und die Wiederbelebung einer selbständigen «linksgaullistischen» UDT.

Die Anhänger der UDT drängen heute, angesichts des Fiaskos während der Präsidentenwahlkampagne und im Hinblick auf die kommenden Parlamentswahlen, vor allem aber auch unter dem Eindruck des Geheimpolizeiskandals, auf eine «Spaltung» im gemeinsamen Interesse. Sie sind darüber hinaus der Meinung, daß die Verschmelzung der beiden Organisationen schon 1962 ein «Irrtum» war.

Enttäuschte Sozialforderungen

Das wichtigste Anliegen der «Linksgaullisten» ist «die Lösung der sozialen Frage». Sie stellten schon in früheren Jahren eine Reihe von sozialen Forderungen, deren Erfüllung wegen «wichtigerer Ereignisse» – Beendigung des Algerienkrieges, Niederschlagung der OAS – immer wieder hinausgeschoben wurde. Nun scheinen die «Linksgaullisten» ebenso wie die Gesamtheit der französischen Linksparteien und Gewerkschaften am Ende ihrer Geduld zu sein. Schon das Jahr 1965 sollte als «Sozialjahr» in die Geschichte der Fünften Republik eingehen. Wie man weiß, ist daraus nichts geworden, und das hat wahrscheinlich zu de Gaulles Schlappe in der Präsidentenwahl wesentlich beigetragen.

Nun soll 1966 zum «Sozialjahr» werden. Zu diesem Zweck wurde der Posten des Finanzministers neu besetzt, anstelle von Giscard d'Estaing (führendes Mitglied der rechtsbürgerlichen «Unabhängigen Republikaner», des wichtigen Koalitionspartners der UNR-UDT) wurde als Wirtschafts- und Finanzdiktator der frühere Premierminister Michel Debré eingesetzt, der wohl ein fanatischer Gaullist ist, aber durchaus kein «Linksgaullist».

Das hat er bereits durch seine ersten Taten bewiesen, die auch auf gläubige Gaullisten enttäuschend wirken. Debré tritt nämlich nolens volens in die Fußstapfen seines Vorgängers Giscard d'Estaing. Die sozialen Spannungen haben sich damit in Frankreich erhöht, und die Wahlchancen der gaullistischen UNR-UDT fallen in bedenklicher Weise.

Doppelgeleise Pompidou-Debré

Diese Perspektiven veranlassen die UDT zu ihrem Alarmschrei und zu ernststen Spaltungsvorbereitungen. Nur eine kühne Wendung der Regierung Pompidou-Debré auf sozialpolitischem Gebiet könnte die «Linksgaullisten» von ihrem Vorhaben abbringen. Gerade die Doppelgeleisigkeit dieser Regierung, von der man nicht weiß, ob Pompidou oder Debré Steuermann ist, macht eine sozialpolitische Wendung unmöglich. Pompidou und Debré sind zwei politisch und charakterlich stark verschiedene Persönlichkeiten. Ihre gegenseitige Rivalität ist ein offenes Geheimnis. Durch die Ben-Barka-Affäre ist Pompidou insofern belastet, als er oberster Chef des Abwehrdienstes SDECE war, der jetzt dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Angeblich soll Debré dieses Mißgeschick für seine persönliche Laufbahn ausgenützt haben. Jedenfalls scheinen weder der frühere Direktor der Rothschild noch der Chefideologe des militanten Gaullismus bereit zu sein, den «linksgaullistischen» Sozialforderungen ernsthaft entgegenzukommen.

Abspaltung links oder rechts?

Die Spaltung im Gaullismus könnte an verschiedenen Schnittpunkten vollzogen werden:

1. Es könnte zu einer neuen Abspaltung am rechten Flügel kommen, beispielsweise zu einem verstärkten Bruch zwischen Gaullisten und den rechtsbürgerlichen Koalitionspartnern oder auch zu einer Abspaltung «rechtsgaullistischer» Kreise, wie im Falle der Soustelle-Fraktion vor einigen Jahren. Eine derartige «Entlastung» könnte die «Linksgaullisten» beruhigen und ihre Hoffnung auf eine reformatorische Erneuerung der UNR-UDT stärken.

2. Wenn in nächster Zeit eine derartige Entlastung ausbleiben sollte, wären die «Linksgaullisten» gezwungen, die UDT wieder als unabhängige Partei zu konstituieren und vielleicht sogar schon in den nächsten Parlamentswahlen selbständig vor die Wähler treten.

Um dieser Spaltungsgefahr entgegenzuarbeiten, bemüht sich die UNR-Führung derzeit um kleinere Reformen. So soll beispielsweise die Etikette geändert werden: statt UNR soll de Gaulles Regierungspartei in Hinkunft UPA (Union für Fortschritt und Zukunft) oder URP (Union fortschrittlicher Republikaner) heißen. Die Gaullisten wollen auf diese Weise dem unverkennbaren Linkstrend Rechnung tragen und einem weiteren Zerfall in ihrer eigenen Partei vorbeugen.

Literatur

Schweiz, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Wieder ist auf einige neue Veröffentlichungen auf dem unerschöpflich scheinenden und dabei noch lange nicht ausgeschöpften Gebiet der Beziehungen zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und der Schweiz aufmerksam zu machen, und das gilt in erster Linie von dem ausgezeichneten Buch, durch das Alice Meyer, Karl Meyers Witwe, die Literatur bereichert hat: *«Anpassung oder Widerstand: Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus»* (Verlag Huber & Co., Frauenfeld 1966, 228 Seiten, Preis Fr. 18.50). Allenthalben ist schon mit Recht sehr viel Gutes über dieses Werk gesagt worden, und trotzdem scheint uns, daß so manches noch zu unterstreichen bleibt. Was am sympathischsten an dieser ebenso so fleißigen wie sachlich zuverlässigen Arbeit berührt, ist die saubere demokratische Gesinnung der Verfasserin, die sichtlich um Gerechtigkeit bemüht ist und von einer unabhängigen Warte sehr treffende Urteile fällt. Sie scheut sich nicht, Dinge auszusprechen und zu verurteilen, über die manche gerne den Mantel des Vergessens breiten möchten, und sie unterläßt es andererseits nicht, Verdienste hervorzuheben, die ihr offenbar nicht genügend gewürdigt erscheinen. Man hätte annehmen sollen, rügt sie mit vielem Recht, daß die antisemitischen Bekenntnisse der diversen «Erneuerer» in der Schweiz den Menschen die Augen darüber öffnen würden, mit wem sie es hier zu tun haben: